Bürger gegen B 14-Knoten

„Ausbau ohne Rücksicht“

Weiteren Protest angekündigt

ANSBACH (mhz) – Widerstand gegen den B 14-Knoten regt sich auch unter Bewohnern der nordöstlichen Stadtteile sowie den Besitzern und Pächtern der betroffenen Landflächen. In einer Versammlung haben sie jetzt ihre Kritik geäußert. Und auch der Bund Naturschutz stemmt sich gegen die Pläne.

Die Planungen des Staatlichen Bauamtes mit zwei Kreisverkehren und der Unterführung unter der B 14 entsprächen vielleicht einer Flughafenanbindung oder einem Autobahnkreuz, aber nicht einer wirtschaftlichen sinnvollen Lösung der Anbindung einer US-Siedlung und der Verbesserung der Verkehrssicherheit, schreibt Anlieger-Sprecher Volker Dorn in einer Pressemitteilung. Es sei unverständlich, wie hier mit Steuergeldern in Millionenhöhe umgegangen werde. Auch nähmen die Planer „überhaupt keine Rücksicht“ auf die Konsequenzen für Landwirtschaft und dem angesiedelten gastronomischen Betrieb: „Man nimmt wohl in Kauf, dass unter Umständen Existenzen zerstört werden.“

Das Bauvorhaben verbrauche 54 500 Quadratmeter Grund, dazu kämen noch 39 600 Quadratmeter, die für die Übergangszeit etwa für Erdablagerungen in Anspruch genommen werden sollen. Damit werde dauerhaft in den Grundwasserhaushalt und in die Tier- und Pflanzenwelt eingegriffen. Außerdem würde sich im Planungsgebiet bei einer Realisierung des Vorhabens deutlich mehr Verkehr von der B 14 auf untergeordnete Straßen, beispielweise nach Pfaffengreuth, verlagern. Man werde das Planfeststellungsverfahren ablehnen, darüber hinaus werde man sich an den Bundesrechnungshof wenden, um den Umgang mit Steuergeldern zu prüfen, kündigte der Sprecher an. Auch wollen die Betroffenen über alle Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie den Bund Naturschutz Druck auf die Baubehörden aufbauen.

Der Bund Naturschutz habe ebenfalls eine Stellungnahme abgegeben, so BN-Kreisvorsitzender Bernd Horbaschek. Man lehne den geplanten Knotenpunkt ab, wie man bereits auch die Bebauung des Urlas abgelehnt habe. Dort gingen die Arbeiten weiter, obwohl die Eingriffe in die Natur nicht ausgleichbar seien, weil der vorgesehene Flächenverbrauch zu hoch sei: „Deshalb lehnen wir die Anbindung ab. Für die errichteten Gebäude wäre ein solch überdimensionierter Anschluss nicht nötig.“

FLZ, 23. Juni 2010